

**Bericht der Verwaltung
für die Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr,
Stadtentwicklung und Energie (S)
am 13.03.2014**

Baumschutz bei Baumaßnahmen

Anlass des Berichtes

Der Abgeordnete Ralph Saxe (Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) hat um einen Bericht der Verwaltung zum Thema Baumschutz bei Baumaßnahmen gebeten und dazu folgende Fragen gestellt:

„Nach § 11 der Landesbauordnung sind zu erhaltende Bäume während des Bausehens durch geeignete fachgerechte Vorkehrungen zu schützen. Wie wird das gehandhabt? Was wird gemacht, um den Erhalt von Altbäumen soweit rechtlich möglich bei Bauvorhaben zu fördern? Wird es gemacht oder ist es geplant bei Bauanträgen eine Kartierung des gesamten schützenswerten Baumbestandes einschließlich möglicher Gefährdungen der Bauakte beizufügen? Inwieweit ist durch Schulungen und Kontrollen gewährleistet, dass durchführende Baufirmen den Baumschutz fachgerecht durchführen?“

Hierzu gibt die Verwaltung folgenden Bericht ab:

Grundsätzlich sind die Vorschriften der Bremischen Landesbauordnung von allen am Bau Beteiligten, also dem Bauherrn, seinem Entwurfsverfasser, dem Bauleiter und dem Bauunternehmer einzuhalten. Speziell zum Schutz von Bäumen, Sträuchern oder sonstigen Landschaftsbestandteilen, die aufgrund öffentlich-rechtlicher Vorschriften zu erhalten sind, regelt § 11 Abs. 4 BremLBO, dass sie „während der Bauausführung durch geeignete fachgerechte Vorkehrungen geschützt und bei Grundwasserabsenkung während der Vegetationszeit ausreichend bewässert werden müssen“. Damit ist auf die Regelung der Baumschutzverordnung Bezug genommen, wonach es verboten ist, geschützte Bäume oder Teile von ihnen zu entfernen, zu beschädigen oder in ihrem Weiterbestand zu beeinträchtigen (§ 3 Baumschutzverordnung). Die genannten Regelungen gelten unabhängig von der Art des baurechtlichen Verfahrens.

Eine präventive Prüfung des Schutzes zu erhaltender Bäume findet im herkömmlichen Baugenehmigungsverfahren nach § 64 BremLBO („umfängliches“ Prüfverfahren) wie folgt statt: Der Bauantrag hat gemäß § 7 Abs. 3 Nr. 5 der Bremischen Bauvorlagenverordnung einen sog. qualifizierten Lageplan zu enthalten, in dem der gemäß Baumschutzverordnung ge-

geschützte Baumbestand eingetragen sein muss. Hat der Bauherr oder einer seiner Beauftragten nicht den entsprechenden Sachverstand für die Bestandsaufnahme der geschützten Bäume, so muss er sich diesen durch Beauftragung entsprechender Sachverständiger einholen.

Die Untere Naturschutzbehörde prüft im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens die in der Baubeschreibung aufgeführten entsprechenden Maßnahmen zum Baumschutz auf Richtigkeit. Sind keine Maßnahmen beschrieben, werden entsprechende Angaben nachgefordert. Soweit notwendig werden entsprechende Bedingungen und Auflagen zum Schutz der betroffenen Bäume, die die Untere Naturschutzbehörde im Rahmen der Beteiligung im Bauantragsverfahren formuliert (Beispiel s. Anlage), in die Baugenehmigung aufgenommen. Hierunter kann z.B. die Verpflichtung des Bauherrn fallen, während der Bauphase einen öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen mit der Überwachung des geschützten Baumbestandes zu beauftragen (ökol. Baubegleitung). Bislang wird die Hinzuziehung eines Sachverständigen nur bei größeren Bauvorhaben angeordnet. Denkbar wäre zukünftig eine Hinzuziehung eines Sachverständigen auf Kosten des Bauherren grundsätzlich stärker einzufordern. Darüber hinaus sind die Arbeiten unter Berücksichtigung der technischen Regelwerke durchzuführen (DIN 18920, RAS-LP-4 sowie ZTV-Baumpflege).

Im vereinfachten Baugenehmigungsverfahren nach § 63 BremLBO oder in der Genehmigungsfreistellung nach § 62 BremLBO findet keine umfassende Prüfung des Umgangs mit zu erhaltenden Bäumen statt. Im Bauantragsformular (Anlage Baunebenrecht) müssen Bauherr und Entwurfsverfasser aber Aussagen dazu treffen, inwieweit Maßnahmen an geschützten Bäumen geplant sind und ob dazu eine Befreiung bzw. Gestattung beantragt ist. Eine Beteiligung der Unteren Naturschutzbehörde erfolgt im Rahmen des vereinfachten Baugenehmigungsverfahrens ausschließlich zur Klärung, ob Zulassungsentscheidungen nach § 6 Baumschutzverordnung erforderlich oder gegebenenfalls bereits erteilt sind. Die Untere Naturschutzbehörde formuliert in diesen Verfahren Hinweise auf erforderliche Schutzmaßnahmen, die der Baugenehmigung beigelegt werden. Bauherr und Bauvorlageberechtigter sind also dafür verantwortlich, dass die Belange der Baumschutzverordnung bei der Realisierung des Bauvorhabens berücksichtigt werden.

Ein Zuwiderhandeln gegen den Baumschutz stellt gemäß § 15 Baumschutzverordnung eine Ordnungswidrigkeit dar und kann mit einer Geldbuße bis zu 25.000 € geahndet werden.

Kontrollen der Einhaltung der Baugenehmigung bezüglich des Baumschutzes werden stichprobenartig oder auf Anzeige hin durch die Untere Naturschutzbehörde durchgeführt. Derzeit wird geprüft, ob neben der verstärkten Hinzuziehung externer Sachverständiger auch die Aufstellung eines Grünordnungsplanes erfolgen soll, um den Vollzug der Baumschutzverordnung sicherzustellen.

Beschlussvorschlag:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zu Kenntnis.

Anlage

Anlage zum Bericht der Verwaltung zu Thema Baumschutz bei Bauvorhaben

Bedingungen, Auflagen und Hinweise, die zum Schutz des gemäß Baumschutzverordnung geschützten Baumbestandes im Baugenehmigungsverfahren nach § 64 BremLBO in die Baugenehmigung aufgenommen werden können (Auswahl je nach Gegebenheiten des jeweiligen Bauvorhabens erforderlich)

Aufschiebende Bedingungen:

1. Der gesamte geschützte Baumbestand ist vor Baubeginn außerhalb des Kronentraufen-/Wurzelbereichs durch einen ca. 2,00 m hohen stabilen und unverrückbaren Schutzzaun gegen Beeinträchtigungen vor Beginn der Bauzeit zu schützen. Dies bezieht sich auch auf die geschützten Bäume, die auf den Nachbargrundstücken stehen und mit ihrem Kronentraufen-/Wurzelbereich in das Baugrundstück hineinreichen.
2. Mindestens 14 Tage vor Baubeginn ist dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Ansgaritorstr. 2, 28195 Bremen, Naturschutzbehörde, «StdAuskunftErteilt», Tel. 0421-361- «StdDurchwahl», Fax 496-«StdDurchwahlFax», ein Baustelleneinrichtungsplan zur einvernehmlichen Prüfung vorzulegen, aus dem u. a. die Baustraßen, Kranaufstellflächen und Materiallagerflächen sowie die Schutzzäune gemäß Ziffer 1 hervorgehen.
3. Für die Dauer der Erdarbeiten (Schachtung) im Bereich des geschützten Baumes ist ein öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger vor Ort hinzuzuziehen, der die Baumaßnahme begleitet. Dieser wird die notwendigen Sicherungs-, Sanierungs- und Schutzmaßnahmen für den Baum beurteilen und vorschlagen. Diese Maßnahmen sind unverzüglich umzusetzen. Vor Baubeginn ist der öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Ansgaritorstr. 2, 28195 Bremen, Naturschutzbehörde, «StdAuskunftErteilt», Tel. 0421-361- «StdDurchwahl», Fax 496-«StdDurchwahlFax», schriftlich zu benennen.
4. Vor Baubeginn (auch Herstellung von Zuwegungen, Abbruch vorhandener Gebäude, Materialanlieferungen sowie sonstigen bauvorbereitender Maßnahmen) ist eine Abnahme der Schutzzäune gemäß Ziffer 1 durchzuführen. Spätestens 5 Tage vor Baubeginn ist diesbezüglich ein Termin abzustimmen mit dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Ansgaritorstr. 2, 28195 Bremen, Naturschutzbehörde, «StdAuskunftErteilt», Tel. 0421-361- «StdDurchwahl», Fax 496-«StdDurchwahlFax» oder Vertreter/-in.

Auflagen:

1. Die durch den Sachverständigen entsprechend Ziffer 3 der aufschiebenden Bedingungen vorgeschlagenen Sicherungs-, Sanierungs- und Schutzmaßnahmen sowie die schriftliche Dokumentation der Begeleitung durch den Sachverständigen sind dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Ansgaritorstr. 2, 28195 Bremen, Naturschutzbehörde, «StdAuskunftErteilt», Tel. 0421-361- «StdDurchwahl», Fax 496-«StdDurchwahlFax» nach Beendigung des Bauvorhabens spätestens 14 Tage nach Beendigung des Bauvorhabens vorzulegen.
2. Es dürfen keine Bodenauf- und -abtragungen, Materiallagerungen, Bodenverdichtungen, Baudurchführungsarbeiten sowie sonstige schädigende Maßnahmen im Wurzelbereich geschützter Bäume erfolgen. Bei freistehenden Bäumen reicht der Wurzelbereich mindestens bis an die Kronentraufe (Kronenrand).
3. Die Kronen der geschützten Bäume dürfen nicht beschädigt werden. Darauf ist insbesondere bei Arbeiten mit Großgeräten (Bagger, Kräne o.ä.) mit schwenkbarem Arbeitsbereich zu achten.
4. Die Trassierung aller neuen Zuleitungen (z. B. Gas, Wasser, Abwasser etc.) ist ausschließlich außerhalb der Kronentraufe der geschützten Bäume durchzuführen.

5. Im Wurzelbereich geschützter Bäume dürfen bei der Wegbefestigung die vorhandenen Bodenhöhen nicht verändert werden. Es darf nur wasser- und luftdurchlässiges Material verwendet werden (kein Beton, Ton oder Lehm).
6. Grundwasserabsenkungen sind ohne Genehmigung nicht zulässig.
7. Für den im Kronentraufen-/Wurzelbereich der geschützten Bäume notwendigen Baustellenverkehr ist im Kronentraufen-/Wurzelbereich des geschützten Baumes zzgl. 1,50m die Baustraße wie folgt herzustellen: Unterlage Schutzvlies/Geotextilbahn mit Rundkorn-Kies (8/32) in einer Auflage von 25cm oder Abdecken mit großflächigen Stahlplatten/Fahrbahnplatten/Baggerplatten/speziellen Bodenschutzplatten.
8. Die Baustraße ist soweit wie möglich an den Rand des Kronentraufen-/Wurzelbereichs zum Baukörper hin zu legen. Zwischen Baustraße und Stamm ist ein ca. 2,00 m hoher stabiler und unverrückbarer Schutzzaun gegen Beeinträchtigungen vor Beginn der Bauzeit zu errichten.
9. Im Rahmen des Bauvorhabens notwendige Rückschnittmaßnahmen an geschützten Bäumen sind ausschließlich von einer Fachfirma (Baumpflege) entsprechend der FLL-Richtlinie durchzuführen.
10. Der Baubeginn (Erdarbeiten) ist dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Ansgaritorstr. 2, 28195 Bremen, Naturschutzbehörde, «StdAuskunftErteilt», Tel. 0421-361- «StdDurchwahl», Fax 496-«StdDurchwahlFax», mitzuteilen.
11. Die Kronentraufe der geschützten Bäume ist nach Fertigstellung des Bauvorhabens ausschließlich gärtnerisch nutzbar. Dies schließt die Herstellung sämtlich in die vorhandene Bodenstruktur eingreifender Maßnahmen bzw. die Durchlässigkeit des Bodens verringernde Maßnahmen wie z. B. Terrasse, Stellplatz etc. aus.
12. Sofern bei den Bauarbeiten außerhalb des o. g. Bauzaunes und der Kronentraufe der geschützten Bäume dennoch Wurzeln beeinträchtigt werden und diese Maßnahmen nachweislich unvermeidbar sind, sind folgende Maßgaben zu beachten:
 - a. In Anlehnung an die DIN 18920 ist im Wurzelbereich der Bäume ausschließlich mit Handschachtung oder Sauggeräten zu arbeiten.
 - b. Wurzeln über 2 cm Durchmesser dürfen nicht entfernt oder beschädigt werden. Freigelegte Wurzeln sind gegen Austrocknung (Umwicklung mit feucht zu haltenden Jutebandagen) bzw. Frost (Stroh) zu schützen.
 - c. Sofern Wurzeln unter 2 cm Durchmesser entfernt werden müssen, sind diese glatt zu durchtrennen. Die Wundstellen sind mit einem Wundverschlussmittel einzustreichen.
 - d. Abgerissene und gesplitterte Wurzeln sind glatt abzuschneiden.
 - e. Geschädigte Wurzeln sollen mit einem Bodenhilfsstoff zur Förderung des Wurzelwachstums behandelt werden.
 - f. Werden Wundbehandlungsmittel angewendet, müssen die zu behandelnden Flächen glatt sein und dürfen keine Fäulnis aufweisen.
 - g. Bei den Arbeiten im Kronentraufenbereich (vorhandene Grob- und Starkwurzeln) darf die Stand- und Lebensfähigkeit der Bäume nicht gefährdet werden. Bei Verletzungen von statisch wirksamen Wurzeln muss die Standsicherheit der Bäume durch einen öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen gutachtlich überprüft werden.
13. Bei Beginn und für die Dauer der Erdarbeiten (Schachtung) im Bereich des geschützten Baumes ist ein öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger vor Ort hinzuzuziehen, der die Baumaßnahme begleitet. Dieser wird die notwendigen Sicherungs-, Sanierungs- und Schutzmaßnahmen für den Baum beurteilen. Wird der Baum durch die Baumaßnahme so stark beeinträchtigt, dass seine Standsicherheit nicht mehr gewährleistet werden kann, ist durch den Eigentümer kurzfristig eine Gestattung nach § 6 der derzeit gültigen Baumschutzverordnung zu beantragen.
14. Im Wurzelbereich der geschützten Bäume ist bei der Wiederherstellung der Flächen das gemäß FLL, Empfehlungen Baumpflanzungen, Teil 2, Ausgabe 2004,

anerkannte Baumsubstrat auf der Basis 4/32 Mineralgemisch, kein Recyclingschotter, einzubauen.

15. Entlang der Aufgrabung/Fundaments ist ein Wurzelvorhang einzubauen.
 - a. Der Graben hierfür ist bis etwa 40cm unter der Bodenoberfläche mit geeignetem, wasserhaltendem und luftdurchlässigem Substrat oder Unterboden (ggfls. Aushub) ohne maschinelle Verdichtung zu verfüllen. Dem Unterboden dürfen keine organischen Stoffe beigefügt werden.
 - b. Die oberen ca. 40cm sind mit einem bedarfweise verbesserten, geeignetem Oberboden oder mit geeignetem Substrat verdichtungsfrei zu verfüllen.
 - c. Der Wurzelvorhang ist nach oben offen zu lassen. Die Dicke des Wurzelvorhangs muss mindestens 25cm betragen, die Tiefe des durchwurzelten Bereichs umfassen, jedoch höchstens bis zur Sohle der Baugrube reichen.
 - d. Der Wurzelvorhang ist während der gesamten Baumaßnahme und über den Bauabschluss hinaus im Boden zu belassen.
 - e. Während der Bauzeit ist der Wurzelvorhang ständig feucht zu halten.
16. Alle Arbeiten an den geschützten Bäumen sind von einem Fachbetrieb des Garten- und Landschaftsbaus, Qualifizierung Baumpflege, durchzuführen.
17. Alle Arbeiten sind unter Berücksichtigung der DIN 18920, der RAS-LP-4 sowie der ZTV-Baumpflege durchzuführen.

Hinweise:

- Es gilt die derzeit gültige Baumschutzverordnung [vom 5. Dezember 2002 (BremGBI.S.647—790-a-6), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 23. Juni 2009 (BremGBI. S. 223, 298), die am 1. Juli 2009 in Kraft getreten ist].
- Gemäß §39 Absatz 5 Nummer 2 BNatSchG ist es verboten, in der Zeit vom 1. März bis 30. September Gehölze zu fällen. Diese Verbote gelten nicht für 1.) behördlich angeordnete Maßnahmen, für 2.) Maßnahmen, die im öffentlichen Interesse nicht auf andere Weise oder zu anderer Zeit durchgeführt werden können, wenn sie a) behördlich durchgeführt werden, b) behördlich zugelassen sind oder c) der Gewährleistung der Verkehrssicherheit dienen, 3. nach § 15 Bundesnaturschutzgesetz zulässige Eingriffe in Natur und Landschaft sowie 4. für zulässige Bauvorhaben, wenn nur geringfügiger Gehölzbewuchs zur Verwirklichung der Baumaßnahmen beseitigt werden muss. In allen anderen Fällen ist eine Befreiung bei der Naturschutzbehörde zu beantragen. Die artenschutzrechtlichen Bestimmungen bleiben im Übrigen unberührt.